

Menschen auf Abruf

Die Post beschäftigt 9000 Mitarbeiter, die sie sehr flexibel einsetzt. Jetzt regt sich Kritik

München – Frauke Schrader mag ihren Job, meistens. Manchmal hasst sie ihn aber auch. Zum Beispiel, wenn sie mit ihrer kleinen Tochter beim Arzt ist und das Handy in diesem Klingelton läutet, den sie extra für ihren Arbeitgeber eingerichtet hat. Einfach nicht drangehen kommt für Frauke Schrader nicht infrage, dann könnte sie ihren Job verlieren. Ihr Arbeitgeber, das ist die Deutsche Post. Und die will, dass Frau Schrader sofort kommt. „Jetzt?“ „Ja, jetzt.“

Frauke Schrader ist eine von etwa 9000 Abrufkräften, die bei der Post eingetragen sind, 1900 davon sind im Schnitt jeden Monat beschäftigt. Ihr Job ist es, flexibel zu sein, einzuspringen, wenn jemand krank ist, oder wenn es, zum Beispiel im Advent, sehr viel zu tun gibt. Schrader, die in Wirklichkeit anders heißt, findet einen flexiblen Job eigentlich ganz gut, obwohl die Unsicherheit fast komplett auf ihrer Seite

Sie gilt als äußerst zuverlässig. Eine unbefristete Festanstellung bekommt sie dennoch nicht

liegt. Und sie verdient nicht schlecht, etwas mehr als zehn Euro die Stunde. Trotzdem wäre die 42-Jährige gern als unbefristete Teilzeitkraft beschäftigt, am liebsten 25 Stunden im Monat. Dann wüsste sie schon vorher, wie viel Geld sie im nächsten Monat zur Verfügung hat. Für sie, ihren Mann und die zwei Kinder würde das vieles erleichtern. Unter anderem auch bei der Steuer, bei der Schrader jetzt hohe Vorauszahlungen leisten muss. Auf ein Gehalt, das sie noch gar nicht bekommen hat.

Seit acht Jahren arbeitet Schrader für die Deutsche Post. Seit acht Jahren schwankt ihr Gehalt zwischen 300 und 1000 Euro im Monat. Seit acht Jahren springt sie auf, sobald sie ihr Handy im Post-Ton klingeln hört. Im Laufe dieser

Jahre hat sich Schrader einen Ruf erarbeitet, ihre Vorgesetzten wissen, dass sie sich auf sie verlassen können. Ihre Bemühungen, eine unbefristete Festanstellung zu bekommen, waren trotzdem vergeblich. Immer hieß es: „Du stehst ganz oben auf der Liste. Die nächste Stelle geht an dich.“

Volker Geyer, Vorsitzender der Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM, an die auch Frauke Schrader monatlich Mitgliedsbeitrag überweist, hält diese Beschäftigungspraxis für skandalös. Er glaubt, dass sich der Arbeitgeber auf diese Weise aus der Verantwortung stiehlt. Bei vielen Abrufkräften sind die Rahmenvereinbarungen so gestaltet, dass nur 50 Tage im Jahr gearbeitet werden darf, mindestens zwei Monate Beschäftigungspause bestehen müssen und an jedem Beschäftigungstag ein neuer Vertrag aufgesetzt wird. Auf diese Weise muss das Unternehmen deutlich weniger Sozialversicherungen zahlen – ein lukratives, aber gesellschaftlich verantwortungsloses Geschäft, findet die Gewerkschaft.

So ähnlich sieht das auch Beate Müller-Gemmeke, Abgeordnete der Grünen im Bundestag. Ende April stellte sie eine Kleine Anfrage im Bundestag, am 13. Mai kam die Antwort. Da die Bundesrepublik Deutschland ein Mandat im Aufsichtsrat der Post hat, sei sie zuständig für die Arbeitsbedingungen der Abrufkräfte, findet Müller-Gemmeke. Die auf den Angaben der Post beruhende Antwort erläuterte das, was bereits bekannt war: 9000 Abrufkräfte, Verdienst zwischen 9,80 und 11,13 Euro die Stunde, eingesetzt bei „nicht steuerbaren Bedarfsspitzen“. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Planungssicherheit? Fehlanzeige. Eine „zulässige arbeitsrechtliche Gestaltungsform“ sei es dennoch, erklärt die Post.

Dass dies zutrifft, erkennt man daran, dass weder DPVKOM noch das Bundestags-

büro widersprechen. Sie glauben aber, dass die Post ihre Ausfälle und Auftragspitzen arbeitnehmerfreundlicher organisieren könnte. „Es gibt andere Möglichkeiten – zum Beispiel Arbeitszeitkonten –, um schwankende Auftragslagen zu bewältigen“, schreibt die Abgeordnete Müller-Gemmeke. Und die Gewerkschaft fordert,

„Es gibt andere Möglichkeiten, um schwankende Auftragslagen zu bewältigen.“

mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen und Abrufkräfte wirklich nur bei Auftragspitzen einzusetzen. Die Post hält dagegen: Bei täglich schwankenden Verkehrsmengen könne man auf „eine gewisse Poolbereitstellung“ nicht verzichten. Bei 174 500 Beschäftigten machen die Abrufkräfte ziemlich genau ein halbes Prozent der Belegschaft aus. Von systematischer Ausbeutung kann man da kaum sprechen.

Andererseits: Die Post hat 2012 1,66 Milliarden Euro Gewinn gemacht, ein Plus von 42,6 Prozent. Von den 9000 Abrufkräften sind viele schon seit Jahren dabei und würden gern eine feste Stelle haben. Die Vermutung, dass die Post viele davon einstellen könnte, es aber vorzieht, flexible und billige Arbeitskräfte zu beschäftigen, scheint in einigen Fällen zuzutreffen – das belegen interne Anweisungen, die darauf dringen, Abrufkräfte auf jeden Fall zwei Monate unbeschäftigt zu lassen, da sonst Sozialversicherung anfällt.

Frauke Schrader wird trotzdem weiter bei der Post arbeiten. „Es gibt auf jeden Fall schlimmere Jobs. Früher hab' ich im Einzelhandel gearbeitet, für fünf Euro die Stunde und ständigen Druck von oben. Da muss ich schon sagen, das hier ist auf jeden Fall besser.“ CHARLOTTE THEILE